

29.03.2022

Offshore-Windkraft

Kurzinformation zur Haltung der deutschen Hafenwirtschaft

Zur Erreichung der Klimaziele und zur Hebung der Potentiale Deutschlands für die Bereitstellung und Nutzung von Windkraft muss der Ausbau von Windenergie auf See zügig weiter vorangetrieben werden. Häfen spielen bei der Erschließung von Windkraft vor den deutschen Küsten eine besondere Rolle.

Für Aufbau, Wartung und Erneuerung von Offshore-Windanlagen dienen Seehäfen als Basen, an denen Komponenten produziert, vor- und demontiert sowie verschifft werden. Offshore-Häfen können dabei in drei Hauptkategorien eingeteilt werden: Großkomponentenhäfen, Servicehäfen und Forschungshäfen. Darüber hinaus schlagen Seehäfen auch Windkraftanlagen um, die für den Onshore-Bereich bestimmt sind – sowohl im Export als auch im Import.

Wichtige Großkomponentenhäfen an der Nordsee sind beispielsweise Brunsbüttel, Cuxhaven, Emden und Nordenham. Das Deutsche Offshore-Industrie-Zentrum Cuxhaven (DOIZ) gehört heute zu den größten Offshore-Häfen in Europa. Die Großkomponenten- und Servicehäfen an der Ostseeküste umfassen die Standorte Rostock, Stralsund, Wismar sowie Kiel und Lübeck. Rostock, Kiel und Lübeck zählen darüber hinaus zu den Forschungshäfen.

Was ist zu tun?

Die deutschen Seehafenbetriebe stehen bereit, logistische und sonstige Dienstleistungen für die Erschließung von Offshore-Windkraft zu erbringen. Aus Sicht der Hafenwirtschaft gilt es, neben der Schaffung von entsprechenden Produktionskapazitäten und der Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal folgende Grundvoraussetzungen für einen optimalen Hochlauf zu gewährleisten:

- **Verlässliche Ausbauziele:** Um planen und investieren zu können, sind belastbare Ausbauziele förderlich. Der ZDS begrüßt daher die ambitionierten Ziele der Bundesregierung zur Hebung der Potentiale Deutschlands auf dem Windenergie-Markt, konkret die Anhebung des Ausbauziels für Offshore-Windenergie auf mindestens 30 GW im Jahr 2030, auf 40 GW im Jahr 2035 und auf 70 GW im Jahr 2045. Diese Ausbauziele müssen als Untergrenze dauerhaft gelten.

- **Finanzielle Beteiligung des Bundes:** Die Energiewende dient ganz Deutschland. Die Herrichtung von Land- und Wasserflächen im und um die Häfen können hohe Kosten verursachen, die eine Beteiligung des Bundes erforderlich machen. Der ZDS begrüßt es daher, dass der Bund zur gemeinsamen Verantwortung für Hafeninfrastruktur steht. Diese sollte sich auch in attraktiven Finanzierungsinstrumenten für privatwirtschaftliche Unternehmen der Hafenwirtschaft ausdrücken.
- **Nachhaltige Meeresflächennutzung:** Bei der Bestimmung der Nutzung von Meeresflächen müssen die Leichtigkeit und Sicherheit des Seeverkehrs weiter gesichert werden. Seeverkehrswege, der effiziente Zugang zu den Seehäfen und der Erhalt von Reeden (Ankerplätze vor der Küste; vgl. LKW-Parkplätze an Autobahnen) sind für die Umweltfreundlichkeit und Sicherheit des fahrenden und ruhenden Schiffsverkehrs auch langfristig abzusichern. Einschränkungen würden die Nachhaltigkeit der Schifffahrt und die Erschließung von Offshore-Windkraft behindern.
- **Optimierter Großraum- und Schwerlastverkehr:** Bau und Erneuerung von Windkraftanlagen erfordern den Umschlag und Transport von besonders schweren und großen Ladungspartien. Hafenflächen und deren Verkehrsanbindungen sowie die Genehmigungsverfahren für entsprechende Transporte müssen auf ein zukünftig erhöhtes Aufkommen von Großraum- und Schwerlasttransporten ausgelegt sein.

Petition

Der Bund sollte ein klares Startsignal für einen Dauersprint bei der Erschließung von Windkraft vor Deutschlands Küsten geben. Mit verlässlichen Ausbauzielen, einer finanziellen Beteiligung an Hafeninfrastruktur, attraktiven Finanzierungsinstrumenten für die Wirtschaft, nachhaltiger angelegter Meeresflächennutzung und optimiertem Großraum- und Schwerlastverkehr kann der Bund, gemeinsam mit den Ländern, die Voraussetzungen für einen schnellen Hochlauf bei Offshore-Windkraft schaffen.